

# vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

## Weckruf Populismus

**E**r trat zwei Tage nach dem Sieg von Donald Trump bei der US-Wahl in die Berliner SPD ein: Kevin Maaß (22) studiert an der FU Berlin Nordamerikastudien und VWL.

**Lieber Kevin, herzlich willkommen in der Berliner SPD. Hast du bereits länger darüber nachgedacht, in eine Partei einzutreten?**

Ich hätte nie gedacht, jemals einer Partei beizutreten. Ich dachte, das kann ich nicht. Dafür bin ich zu ehrlich. Mein Eindruck war, dass bei vielen Politikern die Wiederwahl über allem steht.

**Was ist dann passiert?**

Ich habe von 2015 bis zum Sommer 2016 zwei Semester in Berkeley in den USA studiert. Damals habe ich den Vorwahlkampf um die US-Präsidentschaft mitbekommen. Obwohl Donald Trump bei den Republikanern das Rennen gemacht hatte, glaubte im liberalen Berkeley fast niemand an einen Sieg Trumps bei der Wahl im November – auch ich nicht. Als ich dann wieder zurück in Deutschland war, beobachtete ich hier den weiteren Aufstieg der AfD. Da habe ich mich spontan entschlossen, zu einer Juso-Sitzung im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu gehen. Denn immer nur Beschwerden hilft niemandem.



Kevin Maaß will ab Herbst Wirtschaftspolitik in London studieren.

**Warum zu den Jusos?**

Vielleicht weil ich aus dem sozialdemokratischen Stammland Nordrhein-Westfalen komme (lacht). Nein, ich habe mich schon immer mit den Positionen der SPD identifiziert.

**Wie war die erste Juso-Sitzung?**

Ich habe damals ein Praktikum in der US-Botschaft gemacht und bin direkt nach der Arbeit zur Sitzung gefahren. Im Anzug kam ich mir dort etwas verkleidet vor (lacht). Ansonsten war ich überrascht von dem guten Themenmix. Ich dachte, wir diskutieren da jetzt, wo die nächste Ampel hinkommt.

**Was sagen deine Eltern?**

Sie haben gescherzt: „Aha, noch einer von denen“. Mein Vater fragt mich jedes Mal am Telefon, ob ich mein Parteibuch schon habe. Ich habe es allerdings noch zu keiner Abteilungssitzung geschafft.

**Was, glaubst du, ist die richtige Strategie gegen die AfD?**

Wir sollten auf Populismus nicht mit Populismus reagieren. Wir müssen etwas daran ändern, dass die Leute denken: „Die da oben stehen gar nicht mehr für uns ein“. ■ **Fragen: C. Bauermeister**

*Neben der Wahl Donald Trumps hat vor allem die Kanzlerkandidatur von Martin Schulz zu einem starken Mitgliederzuwachs bei der Berliner SPD geführt. Mehr dazu auf Seite IV.*



Ein Schwerpunkt des 100-Tage-Programms liegt auf Investitionen im Kita- und Schulbereich.

## 60 VORHABEN IN 100 TAGEN

Rot-Rot-Grün nimmt Regierungsarbeit auf

**D**er neue Berliner Senat will unter Führung der SPD verstärkt in die Zukunft der Stadt investieren – damit Berlin solidarischer, nachhaltiger und weltoffener wird. Begonnen wird mit einem **100-Tage-Programm**, das der Berliner Senat am 9. Januar beschlossen hat. Zu den 60 Vorhaben, die bis zum 19. April auf den Weg gebracht sein sollen, gehören auch zusätzliche Mittel für den Kitausbau und Wohnungsbau, für Radwege und mehr Personal in den Bezirken.

Um die Digitalisierung und die Smart City Berlin voranzubringen, wird ein City Lab eingerichtet. Außerdem wird der Steuerungskreis Industriepolitik zu einem Innovationsboard weiterentwickelt. Die Städtepartnerschaft mit Moskau wird wieder vertieft, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen intensiviert. In der Wissenschaft stehen die Verhandlungen zu den neuen Hochschulverträgen ganz oben auf der Agenda. Die Hochschulen sollen mehr Geld erhalten, die Verträge sollen fünf statt vier Jahre laufen.

Im Bildungsbereich werden Kitas und Schulen ausgebaut und verbessert. Hier steht vor allem die Investition von 200 Millionen Euro für den Schulbau und die Schulsanierung im Fokus.

Grundschullehrkräfte werden künftig besser bezahlt. Zudem soll eine Landeskommision zur Prävention von Familien- und Kinderarmut eingesetzt werden.

Im Bereich Inneres wird es – neben dem Sicherheitspaket, das für 2017 Investitionen von 45 Millionen Euro umfasst – vor allem Verbesserungen bei den Bürgerämtern geben. Für mehr Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr sollen Polizei und BVG noch intensiver kooperieren. Gleichzeitig werden die präventiven Angebote von Einzel- und Gruppentrainings im Jugendstrafvollzug erweitert und die Mitarbeitenden aus- und fortgebildet, damit sie Extremismus und Fundamentalismus leichter erkennen.

Der Berliner Sport soll verlässlich finanziert werden. Dazu wird mit dem Landessportbund eine Vereinbarung vorbereitet. Im Bereich Verkehr wird u. a. ein Radverkehrsgesetz im Dialog mit dem Volksentscheid Fahrrad und weiteren Verbänden auf den Weg gebracht.

Teil des 100-Tage-Programms ist zudem die Aussetzung der zum 1. April 2017 geplanten Mieterhöhung im sozialen Wohnungsbau sowie die Aufstockung der Kapazität in der Berliner Kältehilfe von 800 auf 1.000 Plätze. ■ **chb**

VORWÄRTS  
PERSÖNLICH

Die Schönebergerin **Anett Seltz** (Foto) ist seit dem 16. Januar neue Landesgeschäftsführerin der Berliner SPD. Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller sagte zur Ernennung: „Sie ist in der Berliner SPD sowohl durch ihre Arbeit als stellvertretende ASF-Vorsitzende, ihre aktive Parteiarbeit seit 15 Jahren als auch durch ihre Kandidatur um ein Abgeordnetenhausmandat 2016 bestens vernetzt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihr“.



Die neue Landesgeschäftsführerin sieht als ihre wichtigste Aufgabe in diesem Jahr den Bundestagswahlkampf: „Die Sozialdemokratie steht vor großen Herausforderungen, sowohl auf Landes- als auf Bundesebene. Ich freue mich darauf, in der neuen Position am Bundestagswahlkampf für die Berliner SPD-Kandidatinnen und -kandidaten mitzuwirken. Die Konsequenz aus dem Berliner Wahlergebnis 2016 kann nur mehr Kommunikation und mehr gute Politik sein. Wir werden hart dafür arbeiten, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen“, so Anett Seltz.

Die 50-Jährige ist seit dem 1. Mai 1993 Mitglied der SPD. Von 2004 bis 2012 war sie Vorsitzende der SPD Schöneberg. Seit 2012 ist sie zudem stellvertretende Vorsitzende der ASF Berlin. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin des SPD-Bundestagsabgeordneten Willi Brase (seit 2005) hat sich die Einzelhandelskauffrau und studierte Germanistin intensiv mit den Themen bürgerschaftliches Engagement und berufliche Bildung auseinandergesetzt. Anett Seltz ist verheiratet und Mutter von vier Kindern.

# VERTRAUEN DURCH GUTE POLITIK

## Michael Müller zu den Herausforderungen der Regierungsarbeit

**A**m 12. Januar stellte Michael Müller in einer Regierungserklärung die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik dem Abgeordnetenhaus vor. Im Vorwärts-Interview spricht er über die Situation in den Bürgerämtern, die gute Finanzlage Berlins und das 100-Tage-Programm des Senats.

**Ihnen ist es besonders wichtig, dass der Senat für die ganze Stadt da ist, für die Bürgerinnen und Bürger in der Innenstadt ebenso wie für diejenigen in den Außenbezirken. Wie wird sich das ausdrücken?**

Das ist ja zunächst für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Im Grunde geht es darum, bei allen Maßnahmen zu prüfen, ob sie gleichermaßen überall in der Stadt ankommen oder eben dort, wo die Probleme am größten sind, mehr zu machen als woanders. Viele Menschen wohnen gerne fernab vom Trubel der Innenstadt. Uns ist es aber wichtig, dass jeder überall in der Stadt eine gute Infrastruktur vorfindet – dazu gehören zum Beispiel auch gute Schulen für mehr Chancengleichheit

**Die Koalition hat sich ein 100-Tage-Programm gegeben, mit 60 konkreten Vorhaben, die bis zum 19. April auf den Weg gebracht sein sollen. Was ist für Sie das wichtigste Projekt?**

Da will ich jetzt gar nicht gewichten. Jedes Haus hat fünf Vorhaben für die ersten 100 Tage angekündigt, und die müssen jetzt von den zuständigen Senatsmitgliedern und ihren Verwaltungen umgesetzt werden! Für mich ist dabei als Regierender Bürgermeister und Wissenschaftssenator besonders wichtig, zum Beispiel die vereinbarten Ziele für die Konzeption einer besseren und breiter aufgestellten Industriepolitik umzusetzen und die Digitalisierung voranzutreiben.

**Berlin hat 2016 einen Überschuss von 1,25 Mrd. Euro erzielt. Damit kann Rot-Rot-Grün Leitprojekte wie die Schulsanierung, die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum oder die Modernisierung der Verwaltung noch zeitiger anpacken. Wo werden die BerlinerInnen am schnellsten merken, dass es keinen Sparzwang mehr gibt?**

Vorsicht. Wir haben immer noch Schulden von etwa 59 Mrd. Euro. Um langfristig handlungsfähig zu sein, wollen wir auch weiterhin konsolidieren und hohe Millionenbeträge in die Entschuldung der Stadt fließen lassen. Aber Investitionen stehen jetzt klar im Vordergrund, dazu bekennt sich der Senat und dafür gibt es den nötigen finan-



Michael Müller: Berlin als menschliche Metropole.

ziellen Spielraum – im Übrigen, weil die Politik in den letzten Jahren die richtigen Schwerpunkte für eine gute wirtschaftliche Entwicklung gesetzt hat. Es liegt in der Natur der Sache, dass Schulen nicht von heute auf morgen saniert werden und Wohnungsbau auch Zeit benötigt. Aber die Berlinerinnen und Berliner werden wie auf den Bürgerämtern merken, dass es sprichwörtlich auf den vielen Baustellen vorangeht.

**Apropos Bürgerämter. Die Koalition hat sich bis zum Ende des Jahres das Ziel gesetzt, dass jeder innerhalb von zwei Wochen einen Termin im Bürgeramt bekommen sollte. Jetzt gibt es wieder freie Termine und deutlich kürzere Wartezeiten. Ist das Ziel bereits erfüllt?**

Insgesamt zeigt die positive Entwicklung auf den Ämtern, wie richtig es ist, dass wir auch wieder im großen Umfang den öffentlichen Dienst personell besser ausstatten. Damit haben wir ja bereits 2016 begonnen und das wirkt jetzt, da die bewilligten Stellen angekommen sind. Richtig ist, dass sich die Situation in den Bürgerämtern deutlich entspannt hat. Das muss sich jetzt durch weitere Maßnahmen – z. B. mit zusätzlichen Angeboten, Anliegen auch online zu erledigen – verstetigen.

**Sie sprachen in Ihrer Regierungserklärung am 12. Januar im Berliner Abgeordnetenhaus davon, dass die Fliehkräfte in der Gesellschaft zunehmen und der Senat im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern verlorenes Vertrauen zurück gewinnen will. Wie will die neue Regierung das erreichen?**

Vertrauen wächst zunächst durch gute Politik, die bei den Menschen auch ankommt. Da müssen wir uns jetzt

schnell an die Arbeit machen, um das ambitionierte Programm, das wir uns vorgenommen haben, auch umzusetzen. Die Menschen wollen, dass wir jetzt zügig an die Probleme rangehen und uns nicht mit uns selbst beschäftigen. Der Senat wird sich jetzt – zugegeben nach ersten Schwierigkeiten – zügig den notwendigen Sachthemen widmen, zum Beispiel den Wohnungsbauprojekten. Wir alle brauchen ja dringend mehr bezahlbare Wohnungen.

■ Fragen: C. Bauermeister

## GILRS'DAY 2017 BEI DER BERLINER SPD

**Z**um 15. Mal in Folge beteiligt sich die Berliner SPD auch in diesem Jahr am Girls'Day. Der bundesweite Aktionstag gibt Einblicke in Ausbildungsberufe und Studiengänge, in denen Frauen bislang eher selten vertreten sind. Aber nicht nur in den technischen Berufen herrscht ein Mangel an Frauen, auch in der Politik sind Frauen immer noch unterrepräsentiert.

Daher möchte die Berliner SPD gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) und den Jusos Berlin 20 Mädchen ab 14 Jahren einladen, um Einblicke in Politik und Politikprozesse zu geben. Dabei wird nicht nur das 1x1 der Kommunalpolitik vermittelt. Die Mädchen können darüber hinaus selbst in die Rolle von Kommunalpolitikerinnen schlüpfen und eigene Themen bearbeiten. Begleitet werden sie dabei von echten Bezirksverordneten und erfahrenen Teamerinnen. Anmeldungen zum Girls'Day der Berliner SPD direkt auf [girls-day.de](http://girls-day.de). ■ rp

# MENSCHLICH UND SOZIAL

## Raed Saleh über die Klausurtagung der SPD-Fraktion

**A**uf für die Sozialdemokratie historischem Boden in Erfurt traf sich die SPD-Fraktion am dritten Januarwochenende zur Klausur. 1891 hatte sich die SPD das Erfurter Grundsatzzprogramm gegeben. Weniger als 100 Meter weiter tagten wir und gaben den Startschuss für eine erfolgreiche Regierungsarbeit.

Wir wollen Berlin zu einer **familienfreundlichen Metropole** machen. Die neuen Koalitionspartner haben der Linie der SPD zugestimmt, so dass es bei der vollständigen Abschaffung der Kitaggebühren bleibt. Zudem wird ein Problem für viele Familien endlich gelöst: Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter 3-Jährige wird von 5 auf 7 Stunden erhöht. Die neue Koalition regiert menschlich und sozial. Der Preis für das **Sozialticket** sinkt – nach einem Finanzierungsvorschlag von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen – auf 27,50 Euro. Von Geflüchteten belegte Turnhallen wurden gleich nach dem Start von Rot-Rot-Grün freigezogen. Die Anzahl der Plätze in der



**Raed Saleh: „Wir wollen Berlin zu einer familienfreundlichen Metropole machen.“**

Kältehilfe wird erhöht, um den sichtbar mehr Obdachlosen in der Stadt besser zu helfen. Das **Sicherheitspaket des Senats** wird umgesetzt. Neben einer Ausweitung der anlassbezogenen und temporären Videoüberwachung werden auch mobile

Wachen geschaffen, die an Orten, wo besonders viel passiert, Präsenz zeigen. Um für mehr Gerechtigkeit auf dem **Wohnungsmarkt** zu sorgen, wird die Zweitwohnungssteuer angehoben. Ein Konzept für die Nutzung von Vorkaufsrechten an Immobilien wird den Einfluss Berlins auf den Wohnungsmarkt stärken. Beim Neubau auf Grundstücken, bei dem die rechtlichen Bedingungen für die Wohnbebauung erst von Berlin geschaffen werden, sollen mehr Sozialwohnungen entstehen. Auch das **Verbot von Ferienwohnungen** wirkt: 1.500 von ihnen sind wieder Mietwohnungen.

Mehr als 1,25 Milliarden Euro Überschüsse sind ein Erfolg für Berlins Finanzpolitik. 290 Millionen Euro werden als Nachhaltigkeitsfonds für Investitionen in schlechteren Zeiten zurückgestellt. 150 Millionen Euro dienen dem Schuldenabbau. Der Rest wird investiert.

Auch das **Stadtwerk** wird nun in Angriff genommen, so dass alle BerlinerInnen Kunde werden können. All das zeigt: Die SPD hat ihre Führungsrolle in der Koalition angenommen, die sozialdemokratische Handschrift ist erkennbar. Die Botschaft der Erfurter Fraktionsklausur ist: Wir haben Lust aufs Regieren.

■ Raed Saleh

FOTO: SPD-FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS

VORWÄRTS  
PERSÖNLICH

Mit **Roswitha Dybiona** und **Ulrich Horb** (Foto 3.v.l.) haben im Dezember zwei Mitarbeiter des Kurt-Schumacher-Haus verlassen, die zusammen auf fast 60 Jahre Arbeit für die Berliner SPD zurückblicken können. Am 16. Januar wurden sie offiziell in den Ruhestand verabschiedet.



Von den MitarbeiterInnen des Kurt-Schumacher-Hauses bekamen die beiden u. a. eine 24 Seiten umfassende Sonderausgabe der „Berliner Stimme“ überreicht – mit zahlreichen Grußworten. Uli Horb war 30 Jahre lang verantwortlich für die „Berliner Stimme“, das „Berliner Stadtblatt“ und die Berliner „Vorwärts“-Seiten und hat somit alle politischen Debatten, Beschlüsse und Entscheidungen dokumentiert. Nun hat er angekündigt, im Ruhestand die Geschichte der SPD seit dem 2. Weltkrieg aufzuarbeiten. Dafür bekam er vom Geschäftsführer des ABI, Ingo Siebert, einen Schlüssel für das ABI-Büro überreicht. Roswitha Dybiona war 27 Jahre lang in der Pressestelle des Landesverbandes tätig. In ihren Händen lag Woche für Woche der „Dienstagsbrief“. Selbst bei den mitunter ungeduldigen Nachfragen der Journalisten bewies sie stets „engelsgleiche Geduld“, so eine Weggefährtin.

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
SPD-Landesverband  
Berlin  
Redaktion:  
Christina Bauermeister  
(V.i.S.d.P.)  
Anschrift:  
Müllerstr. 163  
13353 Berlin  
Tel.: 030-4692150  
Fax: 030-4692240  
Mail: vorwaerts@  
spd-berlin.de

## GEFÜHL DES AUFBRUCHS

## Jahresempfang der AG 60 plus

Zum traditionellen Jahresempfang der AG 60 plus kamen am 3. Februar mehr als 200 Gäste zusammen. Als die Vorwärts-Liederfreunde das „Auf, auf zum Kampf“ anstimmten, war das Nachbarschaftshaus Urbanstraße schon dicht gefüllt. Gastredner waren der Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen sowie die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Eva Högl.

Heidemarie Fischer, die Berliner Landesvorsitzende der AG 60 plus, begrüßte die Gäste, die „verbunden als solidarische Wertegemeinschaft“ ihren politischen Auftakt in ein aussichtsreiches Jahr 2017 begingen. Während Berlin nun das erste Jahr von Rot-Rot-Grün regiert wird, steht die Wahl im Bund erst noch bevor. Doch spürte man bei allen Gästen das Gefühl des Aufbruchs, das seit der Ernennung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten die ganze SPD erfasst hat. Über 900

Mitglieder hat die SPD Berlin bereits hinzugewonnen, und selbst während des Jahresempfanges haben sich die Beitrittsbögen bewährt. Kaum kamen die beiden Gastredner, Matthias Kollatz-Ahnen und Eva Högl, zum Ende ihrer Rede, gaben einige Gäste ihre Beitrittserklärung am Stand der AG 60 plus ab. Die Landesvorsitzende bilanziert: „Die Stimmung war bestens! Bedauern gab es nur darüber, dass so ein Jahresempfang leider nur einmal im Jahr ist.“ ■ **Robert Stübner**



Cansel Kiziltepe, Kevin Hönicke, Heidemarie Fischer und Matthias Kollatz-Ahnen (v.l.).

## ZEICHEN GESETZT

## Starker Mitgliederzuwachs bei der Berliner SPD

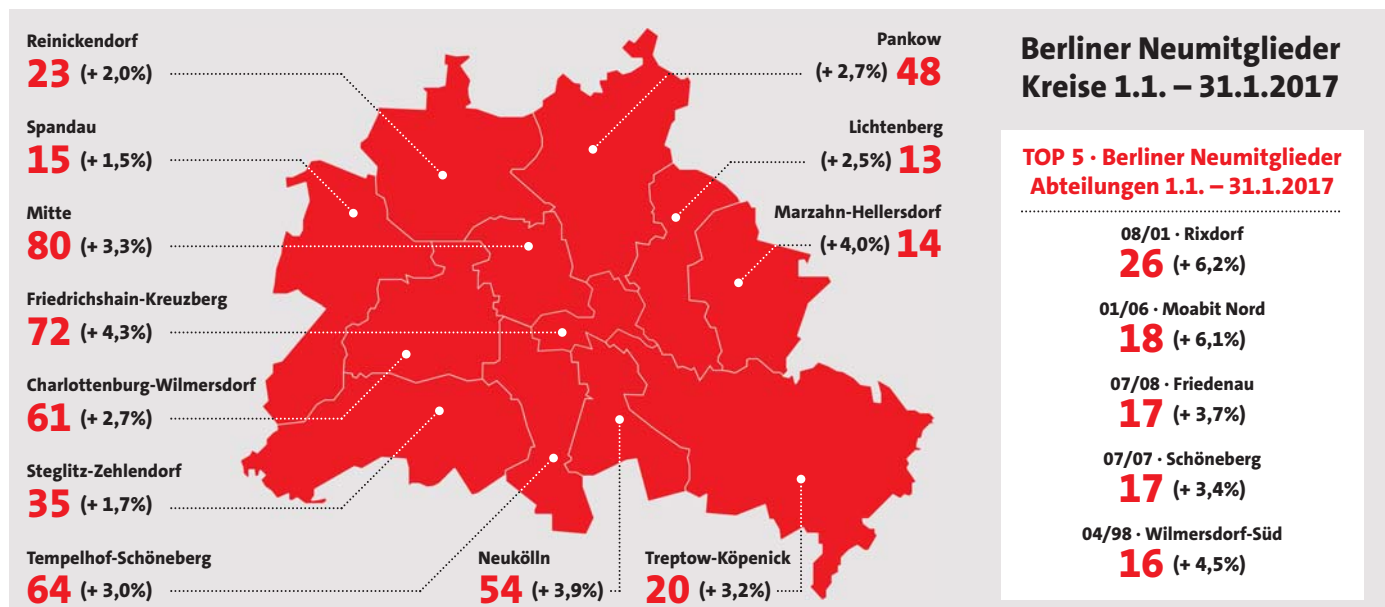
Nicht nur in den Umfragen, sondern auch bei Neueintritten ist die SPD momentan oben auf. Mehr als 900 Neumitglieder konnte die Berliner SPD seit Anfang des Jahres begrüßen und die Gesamtmitgliederszahl auf über 18.000 erhöhen.

Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr traten rund 1.000 Menschen in die Berliner SPD ein, davon rund 230 im November nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten.

Am Rande der Nominierungs-Pressekonferenz von Martin Schulz am 29. Januar traf Michael Müller die Berliner

Neumitglieder Nur El Din und Hasan. Beide sind auf der Veranstaltung in die SPD als Gastmitglieder eingetreten. „Gerade in diesen bewegten Zeiten heißt es Farbe bekennen und selbst aktiv sein. Daher ist der Schritt, SPD-Mitglied zu werden, nur konsequent. Für Berlin ist Michael Müller genau der Richtige. Und mit Martin Schulz kommt neuer Schwung in den Bundestagswahlkampf“, so Nur El Din.

Wie sich die Neumitglieder auf die Kreise verteilen und welche Abteilungen den größten Zuwachs bekommen haben, zeigt die Grafik. ■ **chb**

Berliner Neumitglieder  
Kreise 1.1. – 31.1.2017TOP 5 · Berliner Neumitglieder  
Abteilungen 1.1. – 31.1.2017

- 08/01 · Rixdorf  
**26** (+6,2%)
- 01/06 · Moabit Nord  
**18** (+6,1%)
- 07/08 · Friedenau  
**17** (+3,7%)
- 07/07 · Schöneberg  
**17** (+3,4%)
- 04/98 · Wilmersdorf-Süd  
**16** (+4,5%)

MOBILITÄT  
VON MORGEN

Mehr als 270.000 Fahrgäste pendeln bereits heute werktags mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen Berlin und Brandenburg. Doch mit der wachsenden Stadt muss auch der Schienenverkehr weiterentwickelt werden. Darüber, welche Projekte in Angriff genommen sollten, haben der Fachausschuss Mobilität der Berliner SPD und der AK Verkehr der SPD Brandenburg einstimmig einen Beschluss gefasst.

Auf einer gemeinsamen Sitzung beider Gliederungen Ende Januar stellte der Vorsitzende der AG Verkehr der Brandenburger SPD, Stephan Wilhelm, das Papier vor. Der Beschluss beinhaltet die Forderung, das bestehende Regional- und S-Bahn-System zwischen Berlin und Brandenburg gemäß der Koalitionsverträge in beiden Ländern für die wachsenden Verkehrsanforderungen weiterzuentwickeln.

Konkret sollen die Kapazitäten des Fern- und Nahverkehrs auf der Hamburger Bahn zwischen Berlin-Spandau und Nauen erhöht und die Engpässe in den Knoten Königs Wusterhausen und Spandau beseitigt werden.

Auch der zwei- bis dreigleisige Ausbau der Kremmener Bahn für den S- und Regionalverkehr zwischen Gesundbrunnen und Hennigsdorf/Velten wird gefordert. Ebenfalls Teil des Antrages ist der Wiederaufbau der Potsdamer Stammbahn zwischen Potsdamer Platz und Griebnitzsee sowie der Stammstrecke der Heidekrautbahn. Neben der Beantragung von Mitteln aus dem GVFG-Bundesprogramm fordern beide Gliederungen zudem den Aufbau eines gemeinsamen Infrastrukturfonds, um daraus ab 2017 die erforderlichen Planungsleistungen sowie Nutzen-Kosten-Untersuchungen vorzufinanzieren. ■ **chb**